

Protokoll

Gremium: Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 19.06.2019
Beginn:	16:00 Uhr
Ende	18:03 Uhr
Sitzungsort:	Technische Zentrale Elmendorf, Dreiberger Straße 2-4, 26160 Bad Zwischenahn

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Harald Schmidt

Mitglieder

Frau Sylvia Bäcker

Herr Hartmut Bruns

Frau Maria Bruns

Vertretung für KA Nacke

Herr Joachim Finke

Herr Dr. Hans Fittje

Vertretung für KA Sager-Gertje

Herr Heino Hots

Vertretung für KA Exner

Herr Georg Köster

Vertretung für KA Janßen

Herr Karl-Hermann Reil

Herr Andreas Stadlik

Herr Jörg Weden

von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Dr. Thomas Jürgens

Herr Amtsleiter Gerd Bockhorst

Herr Dipl. Ing. Detlev Fricke-Varban

Herr Michael Peter, Geschäftsführer Rettungsdienst

Frau Imtraud Rieken, Brandschutzprüferin

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Gäste

Herr Hoffbuhr

Abwesend:

Mitglieder

Frau Heidi Exner

Herr Bernd Janßen

Herr Jens Nacke

Frau Monika Sager-Gertje

beratendes Mitglied

Frau Barbara Woltmann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen am 06.03.2019
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht des Kreisbrandmeisters
- 7 Organisationsuntersuchung in der Technischen Zentrale (TZ) Elmendorf; Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse
Vorlage: BV/089/2019
- 8 Mitteilungen des Landrates
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Schmidt eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen und begrüßt die Anwesenden. Er begrüßt insbesondere Frau Bennöhr, Herrn Köster und Herrn Monte von der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH, die zu TOP 7 vortragen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Schmidt stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen am 06.03.2019

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Bericht des Kreisbrandmeisters

KBM Hoffbuhr stellt eine Statistik zur Zahl der Feuerwehrleute und der Wehren in den kreisangehörigen Gemeinden/ der Stadt Westerstede vor. Darüber hinaus trägt er Zahlen zu Schlauchmaterial und Atemschutzmasken vor.

KA Fittje fragt nach den Erfahrungen mit brennenden Elektro-Autos.

KBM Hoffbuhr antwortet, dass bislang keine Erfahrungen vorliegen würden. Er erläutert, dass im Falle eines Brandes von E-Autos das Fahrzeug in einem speziellen Behälter in Wasser versenkt werde und dort einige Tage verbleiben müsse. Die Feuerwehr müsse sich im Bedarfsfall ein entsprechendes Behältnis von der Stadt Oldenburg ausleihen.

**Zu TOP 7 Organisationsuntersuchung in der Technischen Zentrale (TZ) Elmendorf;
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse
Vorlage: BV/089/2019**

Ltd. KVD Dr. Jürgens trägt einleitend den Sachverhalt vor.

Herr Monte von der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH stellt kurz sich und seine Kollegen Frau Bennöhr und Herrn Köster und die Tätigkeitsbereiche der Firma vor.

Herr Köster und Frau Bennöhr stellen anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich die festgestellten Ist-Zustände der einzelnen Bereiche in der TZ Elmendorf und die Handlungsempfehlungen vor. Dabei wird auf den mit den Unterlagen versandten Bericht über die Organisationsuntersuchung verwiesen.

Auf Fragen von KA Köster und KA Herrn Bruns wird ausführlich geantwortet. Anregungen werden zur Kenntnis genommen.

AL Bockhorst trägt im Anschluss eine Zusammenfassung der Handlungsfelder vor, die nicht, noch nicht oder erst später umzusetzen sind.

- Ein kreisweiter Ringtausch für Atemschutzgeräte sei grundsätzlich in Abstimmung mit den Gemeinden machbar, solle aber bis zum Jahr 2025 verschoben werden, da bis dahin einheitliche Geräte mit Überdrucksystem beschafft werden müssen.
- Das Beschaffungskonzept für Fahrzeuge solle mit den bisherigen Planungen auf Grundlage der Logik, Notwendigkeit und Einsatztaktik beibehalten werden.
- Eine Ausbildungsstelle zum KFZ-Mechatroniker könne wegen veränderter Arbeitsmarktbedingungen entfallen.
- Eine Neubesetzung künftig wegfallender Stellen von KFZ-Mechatronikern könne erst entschieden werden, wenn altersbedingt Stellen freiwerden. Die Entwicklung müsse abgewartet werden und der derzeitige Bestand von 4 Vollzeitstellen werde beibehalten.
- Die Schaffung einer Sachbearbeiterstelle solle erst entschieden werden, wenn die Umstrukturierung abgeschlossen und der Arbeitsanfall neu bewertet werde.
- Intensivierungen von Schulungen zur Drägersoftware seien im Haushalt für 2019 eingeplant.
- Die Errichtung einer festen Umzäunung für den Fall einer Tierseuchenbekämpfung werde nicht für erforderlich gehalten. Im Bedarfsfall werde von extern eine mobile Zaunlösung aufgestellt.
- Ein modernes Schließsystem sei bereits vorhanden, könne aber weiter ausgebaut werden.
- Ein separater Waschplatz für Veterinärfahrzeuge im Tierseuchenfall werde nicht für erforderlich gehalten, da der vorhandene Waschplatz in der TZ für die Veterinärfahrzeuge zur Verfügung gestellt werde und die Feuerwehrfahrzeuge für diese Zeit nicht oder andernorts gereinigt würden.

- Die Frage der Lagerlogistik müsse weitergehend überdacht werden.
- Umkleidemöglichkeiten für Lehrgangsteilnehmer seien zwingend erforderlich und deren Einrichtung sollte umgesetzt werden.
- Die Abschaffung von Teilen der Grünflächen werde für erforderlich gehalten und solle umgesetzt werden.

Zu Fragen und Anregungen von KA Herrn Bruns, KA Dr. Fittje und KA Köster wird auf die sich anschließenden Ausführungen von Ltd. KVD Dr. Jürgens verwiesen.

Ltd. KVD Dr. Jürgens geht ausführlich auf die ab Seite 9 der Vorlage aufgeführten Handlungsfelder ein und schlägt entsprechende Prüfaufträge für die Verwaltung vor.

KA Hots führt aus, dass alle Handlungsfelder sinnvoll und wichtig seien und umgesetzt werden sollten. Er geht bezugnehmend auf das Veterinärwesen auf den Neubau an der Lange Straße in Westerstede ein, bei dem geplant sei, einen Desinfektionsraum einzurichten. Des Weiteren werde ein landwirtschaftlicher Betrieb im Fall einer Tierseuche, wie z. B. der Afrikanischen Schweinepest, sofort abgesperrt und mit Hilfe der Feuerwehr und dem THW würden Vorkehrungen getroffen, um eine Verbreitung der Seuche zu verhindern. Seiner Meinung nach könnten die Einrichtungen für den Tierseuchenfall bei der TZ reduziert werden.

Ltd. KVD Dr. Jürgens führt aus, dass grundsätzlich immer versucht werde, die Desinfektion nicht auf dem Gelände der TZ vorzunehmen, sondern eine Desinfektionsschleuse auf dem betroffenen Betrieb aufzustellen. Bei Bedarf könne die Schleuse im vorderen Bereich der TZ platziert werden, um eine zentrale Desinfektionsgelegenheit bieten zu können. Der Neubau an der Lange Straße in Westerstede böte nicht die gleichen guten Voraussetzungen für den Tierseuchenkrisenstab wie die TZ. Im Fall einer Tierseuche werde das Personal des Veterinäramtes in der entsprechend eingerichteten und spezialisierten TZ ihre Arbeit verrichten.

KA Finke hält die Handlungsfelder und Vorschläge der Verwaltung für sinnvoll und gut. Der Organisationsbericht und die Ausführungen von Ltd. KVD Dr. Jürgens seien nachvollziehbar. Einen Neubau der Technischen Zentrale halte er ebenfalls für nicht sinnvoll und somit könne er dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Weden führt aus, dass ihm bei der Durchsicht des Organisationsberichtes eine Priorisierung für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen gefehlt habe. Es sei aber durch den heutigen Vortrag deutlich geworden, dass neben den finanziellen Erfordernissen auch die Einbindung der Fachleute von Bedeutung sei. In dieser Sitzung könnten keine Detailfragen geklärt werden und man müsse die Entwicklung abwarten. Die vorliegende Untersuchung sei sehr hilfreich für alle Beteiligten und besonders für die Politik, die letztendlich entscheiden müsse. Zu begrüßen seien die konkreten Handlungsempfehlungen. Die Firma KUBUS und die Kreisverwaltung hätten sehr gute Vorarbeit geleistet, an der man sich orientieren und mit der man sich in den Fraktionen weiter befassen könne. Die SPD-Fraktion bedanke sich für die geleistete Arbeit. Wichtig sei, dass die Feuerwehren, die Kreisverwaltung und die Politik konstruktiv zusammenarbeiten würden. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Köster führt aus, dass in dem Vortrag deutlich geworden sei, dass ein Neubau grundsätzlich nicht in Frage komme und die Verwaltung einen annehmbaren Kompromissvorschlag unterbreitet habe. Die Fraktion 90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Bäcker dankt für die ausführlichen Vorträge. Für die UWG-Fraktion sei deutlich geworden, dass die Prüfaufträge sinnvoll seien und mitgetragen würden. Sie weist eindringlich darauf hin, dass eine Umsetzung nur in Zusammenarbeit mit den Feuerwehrkameradinnen und –kameraden, mit dem Kreisbrandmeister, den Gemeinde- und Stadtbrandmeistern, mit der Kreisverwaltung und der Politik durchgeführt werden könne. Die weitere Vorgehensweise und Umsetzung könne nur von der Kreisverwaltung vorbereitet und in den Fraktionen diskutiert und beraten werden. Die UWG-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

KBM Hoffbuhr weist darauf hin, dass für die Erneuerung des Übungsturmes möglichst schnell eine Lösung gefunden werden müsse.

LR Bensberg zeigt hierfür Verständnis und erläutert, dass der Übungsturm nicht isoliert von den anderen Maßnahmen aus der Gesamtplanung herausgenommen werden könne. Es müsse erst abgeklärt werden, ob zusätzliches Gelände benötigt werde und was dort wie platziert werden könne. Es sei nachvollziehbar, dass der Bedarf bestehe und dies gebe Anlass, dass alle Beteiligten möglichst schnell an die Bearbeitung und Umsetzung herangingen.

Vors. Schmidt dankt für die ausführlichen Vorträge, die Ausarbeitung durch die Verwaltung und die anschließenden Aussprache.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Planungen für die künftige Ausrichtung der Werkstätten einschließlich aller baulichen und organisatorischen Notwendigkeiten unter Beteiligung der Gemeinden vorzunehmen und die entstehenden Kosten zu ermitteln.
2. Zu prüfen, welche organisatorischen, personellen und baulichen Voraussetzungen erforderlich sind, um den gesetzlichen Kernaufgaben auch künftig nachkommen zu können. Dieses beinhaltet auch den Kostenaufwand für einen Pumpenprüfstand.
3. Die Planungen für ein künftiges Schulungs- und Trainingszentrum sowie die dafür ggf. notwendigen Grundstückszukäufe aufzunehmen und die hierfür anfallenden Kosten zu ermitteln.
4. Zu prüfen, welche Nutzungen für die bisherigen Wohnungen möglich sind (insbesondere im Hinblick auf den heutigen und den künftigen Lagerbedarf) und wie eine regelkonforme Trennung von Schwarz-Weiß-Bereichen einschließlich der Erfordernisse im Tierseuchenfall umzusetzen ist.

5. Erstellung einer neuen Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der notwendigen Investitionen.
6. Befristeter Weiterbetrieb der vorhandenen Atemschutzübungsstrecke und Kostenermittlung für einen DIN-gerechten Neubau.

Zu TOP 8 Mitteilungen des Landrates

Ltd. KVD Dr. Jürgens teilt mit, dass der Kreisausschuss am 11.06.2019 einstimmig beschlossen habe, dem Kreistag vorzuschlagen, außerplanmäßig 66.000,00 € bereitzustellen, um das WLAN-Netz, die Netzwerkverkabelung und die Telefonanlage in der Technischen Zentrale in Elmendorf erweitern und erneuern zu können.

Zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 10 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Schmidt schließt die öffentliche Sitzung.